

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 22. Jänner 2010

Als erster Tagesordnungspunkt folgten Diskussion und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend International Anti-Corruptions Academy Laxenburg, Ausbau und Renovierung.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/462/462.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

KO Stv. Königsberger befürwortete grundsätzlich die Errichtung der Anti-Corruption Academy in Laxenburg. Kritik übt Königsberger daran, dass im Zuge des Ausschreibungsverfahrens ein Profil erarbeitet wurde, das nur der ehemalige BIA-Chef Kräuter diese Anforderungen erfüllen hätte können. Königsberger sagte, dass es bei sämtlichen Personalentscheidungen darum gehen muss, die tatsächlichen Qualifikationen und nicht die politische Willfährigkeit in den Vordergrund zu stellen.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung waren Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landesstraße B4, Baulos "PPP B4 Æ Umfahrung Maissau

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/463/463.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl begrüßte, dass die Umfahrung Maissau nach langer Planung nun endlich umgesetzt wird. Er sieht in diesem Projekt nicht nur eine Verbesserung für zahlreiche Pendler, sondern auch viele Betriebe aus dem Waldviertel werden davon profitieren. Der Klubobmann mahnte allerdings diese Umfahrung durchdächer auszuführen als jene in Ziersdorf, wo sich die Fahrzeit nicht verkürzt, sondern verlängert hat. Abschließend forderte Waldhäusl erneut den Bau einer Waldviertelautobahn, nur so könne man die Pendler aus dieser Region tatsächlich entlasten und auch die Wirtschaft zu fördern.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung waren Debatte und Abstimmung zum

- Bericht der Landesregierung betreffend Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds für das Jahr 2008

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/404/404.htm>

*Antrag angenommen: Zustimmung
ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne;*

- Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2008

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/418/418.htm>

*Antrag angenommen: Zustimmung
ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

LAbg. Ing. Martin Huber begrüßte die Zusammenfassung der NÖ Krankenhäuser in eine Landesholding grundsätzlich. Kritik übte er allerdings daran, dass diese Übernahme vor allem dazu genutzt wird, parteipolitische Postenbesetzungen durchzuführen.

Unzufrieden ist Huber weiters auch mit Einsparungsmaßnahmen, die in völlig falschen Bereichen, wie etwa OP Versorgung, Verpflegung Überstunden etc.. Verbesserungswürdig ist laut Huber auch die Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern der Stadt Wien. Es kommt immer wieder zu Fällen, in denen Patienten aus NÖ von Wiener Krankenhäusern abgelehnt werden, was sogar schon zu Todesfällen geführt hat. Diese Zustände sind für die Freiheitlichen untragbar. Weitere Kritik

übte der Abgeordnete auch über die Vorgänge beim NÖGUS. Hier kommt es immer wieder zu Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Eigenwerbung von LH Stv. Sobotka. Weiters vergibt der NÖGUS offenbar auch gerne üppig dotierte Konsulentenverträge an VP Günstlinge. Huber forderte, diese Umtriebigkeiten sofort einzustellen. Abschließend forderte der Abgeordnete, dass das Land NÖ endlich ein entsprechendes Konzept zur Finanzierung der freiwilligen Rettungsorganisationen ausarbeitet, das dieses schon längst überfällig ist.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung war die Abstimmung über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Bestattungsgesetzes 2007

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/420/420.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung waren Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ EVTZ-Gesetz

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/436/436.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

LAbg. Sulzberger sagte, mit dem EVTZ-Gesetz (Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit) werde die Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen. Dieses Gesetz sei eine sinnvolle Regelung und die Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum eine notwendige Sache.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung waren Debatte und Abstimmung zum

- Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 6 der XVII. Gesetzgebungsperiode

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/465/465.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Bericht des Rechnungshofes über das Land Niederösterreich, Jahrestätigkeitsbericht 2009, Nachfrageverfahren 2008

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/448/448.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen der Länder im Bereich Energie

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/382/382.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

LAbg. Edmund Tauchner kritisierte, dass die Landesberufsschule Theresienfeld auf Vorgaben des Rechnungshofes kaum reagiert. Noch immer gibt es schwere Mängel bei Vergabeverfahren, Mitarbeitergespräche wurden nicht umgesetzt und auch Dokumentationen über Maßnahmen in der Schule werden nicht geführt. Er verlangte daher diese Missstände sofort zu beseitigen und eine Prognose dafür abzugeben, wie lange das dauern wird.

KO Stv. Erich Königsberger kritisierte, dass der Landesrechnungshof nur Gemeinden mit einer Einwohnerzahl über 20.000 Personen prüfen darf. Somit wurden zwar Pleitestädte wie Mödling oder Baden geprüft, kleinere Gemeinden mit problematischen Finanzverhältnissen jedoch nicht.

wordene Rohbericht des Rechnungshofes gibt der FPÖ in allen Kritikpunkten recht, der geordnete Rückzug aus den Veranlagungen hätte schon längst stattfinden müssen. Bei einem Gesamtverlust von 1 Milliarde Euro handelt es sich um den größten Verlust von öffentlichem Geld in der Zweiten Republik, deshalb forderte der Klubobmann LH Stv. Sobotka dazu auf, auch die Verantwortung dafür zu übernehmen. Waldhäusl wiederholte die Kritik des Rechnungshofes, wonach die Zielrenditen der Veranlagungen nicht erreicht werden können. Man habe ohne Notfallplan in Hochrisikopapiere investiert, Alleingänge von Managern akzeptiert, viel zu hohe Gagen ausbezahlt und Gelder außerhalb des Rechnungskreises ausbezahlt. Gerade angesichts des Ausmaßes der Katastrophe sei es daher unbedingt notwendig, sämtliche, zur Verfügung stehenden Mittel zur lückenlosen Aufklärung des Skandals zu nützen. Neben Rechnungshof und Justiz sei daher auch die Politik am Zug und müsse daher einen Untersuchungsausschuss einberufen. Er brachte daher einen entsprechenden Antrag der Freiheitlichen bei namentlicher Abstimmung ein. Alle Abgeordneten von ÖVP und SPÖ

stimmten namentlich gegen die einstzung eines Untersuchungsausschusses und für die Vertuschung beim größten Spekulationsverlust aller Zeiten mit öffentlichen Geldern.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung waren Debatte und Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u.a. betreffend Neuregelung hinsichtlich Bauten von außergewöhnlicher Architektur oder Größe sowie publikumsintensiven Veranstaltungsstätten

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/437/437.htm>

Antrag abgelehnt: 46 Stimmen (ÖVP, SPÖ und Grüne) zu 6 Stimmen (FPÖ)
KO Gottfried Waldhäusl forderte die ÖVP auf, dem Beispiel ihrer Kollegen in Vorarlberg zu folgen und ebenfalls das Ortsbild in Niederösterreich zu schützen. Das typische Niederösterreichische sieht einfach keine Minarette vor, dennoch verhindern unsere gesetzlichen Regelungen den Bau dieser Türme jedoch nicht. Die FPÖ möchte diese Lücke mit ihrem Antrag schließen. Damit hätte die VP die Möglichkeit, die Fehlentscheidung von Bad Vöslau, wo aufgrund eines, von LH Pröll veranlassten Gutachtens

bereits Minarette entstanden sind. Der vorliegende Antrag der FPÖ schlägt vor, den Bau dieser Gebäude über die überörtliche Raumordnung zu regeln, das heißt, die Landesregierung würde über jeden einzelnen Fall entscheiden.

LAbg. Huber sprach von einer europäischen Doppelmoral. Als der EUGH ein Urteil veröffentlichte, wonach das Kreuz als religiöses Symbol nicht in öffentlichen Gebäuden angebracht werden sollte, gab es kaum einen Aufschrei in Österreich. Wenn die FPÖ allerdings fordert, Minarette als religiöse Symbole nicht im NÖ Ortsbild haben zu wollen, dann wird dagegen Sturm gelaufen. Ent-rüstung setzte es ja auch gegenüber den Schweizern, die sich im Zuge eines Volksentscheides gegen den Bau von Minaretten ausgesprochen hatten. In Österreich ist zu hören, dass man sogar gegen derartige Volksbefragungen ist, weil man das Volk offenbar für unmündig hält. Huber kritisierte abschließend das Abstimmungsverhalten der ÖVP beim vorhergehenden Bauausschuss zum Antrag der FPÖ.

Nächster Punkt auf der Tagesordnung war der Bericht der Landesregierung Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2008

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/409/409.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

Die nächste Punkte auf der Tagesordnung betrafen die Anpassungen der div. Beamtengehälter:

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/456/456.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/457/457.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LGB)

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/455/455.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/454/454.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992).

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/458/458.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO-Novelle 2010).

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/461/461.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG-Novelle 2010).

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/460/460.htm>

Antrag einstimmig angenommen.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte eine aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema: ~~Keine~~ Minarette in Niederösterreich.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/447/447.htm>

LAbg. Ing. Martin Huber setzte sich im Zuge seiner Wortmeldung mit den Muslimen in Österreich auseinander. Er verwies darauf, dass Muslime grundsätzlich nicht an einer Integration interessiert sind, das wird durch die fortschreitende Ghettoisierung in Österreich belegt. Dass der Bau von Minaretten keineswegs religiöse, sondern politische Hintergründe hat,

belegt etwa der Umstand, dass es sich beim Trägerverein der Moschee Bad Vöslau um eine Institution (Atip) handelt, die direkt der türkischen Botschaft unterstellt ist. Die islamische Unterwanderung Europas ist mittlerweile aber auch an der gelebten Judikatur festzustellen. Immer öfter kommt es vor, dass das islamische Rechtssystem, die Scharia in Urteilen berücksichtigt wird. Den Ernst der Lage könne man aber auch an den Ausschreitungen in Paris vor einigen Jahren oder dem Karikaturenstreit erkennen. Der Islam in Österreich ist daher keineswegs ein Religions-, sondern ein Rechtsproblem, vor dem die Freiheitlichen aber sicherlich nicht kapitulieren werden.

LAbg. Benno Sulzberger ging auf die historische Entwicklung des Islam in Österreich ein und sagte, dass unsere Politiker schlussendlich am Einsatz für das eigene Volk gemessen werden. Er nannte den Gegenstand dieser Aktuellen Stunde ein „sehr ernstes Thema“. Er meinte, dass jedes Volk, jede Nation und jeder Kulturraum seine Eigenart habe, und es Aufgabe der Politik sei, die Pflege dieser Eigenart sicherzustellen. Es gehe hier nicht um die Abwertung irgendeiner Religion.

Die Moschee sei ein Anbetungsort, ein Gotteshaus für Muslime, doch auch der Gerichtsort und ein Ort, an dem politische Versammlungen stattfinden. Hierzulande gebe es jedoch die Trennung von Kirche und Staat. Die Integration bezeichnete er als „schon gescheitert“, es sei keine Einsicht zu erwarten.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte eine aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema: „Regionale Politik versus Zentrale Politik – Niederösterreich am Weg zur Vorzeigeregion für Wissenschaft und Technologie“

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/450/450.htm>

Klubobmann Gottfried Waldhäusl vertrat die Meinung, alle Investitionen in diesem Bereich sicherten nachhaltige, hoch qualifizierte Arbeitsplätze speziell für junge Menschen. Hier solle nur die Farbe blau-gelb und keine Parteifarbe zählen. Jede Finanzpolitik, die Mittel für Forschung, Technologie und Wissenschaft bereitstelle, sei eine gute Finanzpolitik.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung

über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend dringend erforderliches Investitionspaket für NÖ Gemeinden.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/471/471.htm>

Antrag abgelehnt: Zustimmung SPÖ, Ablehnung ÖVP, FPÖ, Grüne.

LAbg. Benno Sulzberger sagte, Vieles, was hier aufgezeigt werde, sei richtig. Es bedürfe einer Analyse, warum es in den Gemeinden so weit gekommen sei. Er halte wenig davon, Parallelstrukturen aufzubauen, etwa bei den Bedarfszuweisungen. Es gebe eine ganze Palette von offenen Fragen, z. B. wie dieser Fonds finanziert werde.

Nächste Punkte auf der Tagesordnung waren

- Die Debatte über die Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Onodi und Kernstock an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Interventions- und Mobbing-skandal im Landeskrankenhaus St. Pölten

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/431/431.htm>

Antrag Abg. Dr. Michalitsch auf Kenntnisnahme der Beantwortung angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.

- Debatte über die Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Onodi und Kernstock an Landeshauptmannstv. Mag. Sobotka betreffend Interventions- und Mobbing-skandal im Landeskrankenhaus St. Pölten.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/432/432.htm>

Antrag Abg. Dr. Michalitsch auf Kenntnisnahme der Beantwortung angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.

Abgeordneter Edmund Tauchner sagte, es sei für ihn unverständlich, warum der Vertrag mit der kaufmännischen Direktorin des Landeskrankenhaus St. Pölten nicht verlängert wurde. In diesem Zusammenhang sei eine restlose Aufklärung notwendig und die Einführung von neuen Mechanismen, damit solche Fälle der Einflussnahme bei Besetzungswünschen nicht mehr auftreten könnten.